

Michał Skop (<https://orcid.org/0000-0001-9151-2279>)

Uniwersytet Śląski w Katowicach – Wydział Humanistyczny, Instytut Literaturoznawstwa

Volksabstimmung und Aufstände in Oberschlesien in der Vierteljahresschrift „Schlesien“ (1956–1996)

Die vom Kulturwerk Schlesien e.V – der als Verein 1975 in die Stiftung Kulturwerk Schlesien überführt wurde – herausgegebene Zeitschrift „Schlesien“ wurde von 1956 bis 1977 von Karl Schodrok (1890–1978) und von 1976 bis 1996 von Prof. Dr. Eberhard Günter Schulz (1929–2010) geleitet. Das Periodikum mit den programmatischen Schwerpunkten „Kunst, Wissenschaft und Volkstum“, seit 1977 „Kunst, Wissenschaft und Volkskunde“, lieferte Beiträge über das literarische und künstlerische Schaffen in Schlesien bis 1945 und historisch-landeskundliche Texte mit dem Schwerpunkt „Ostforschung“. Nach Ansicht von Wolfgang Kessler, dem Verfasser eines Gesamtinhaltsverzeichnisses der einzelnen Jahrgänge der Schrift, waren die ideologischen Grundlagen der Vierteljahresschrift sowohl die „politische Abstinenz“ wie auch die „stille Abstimmung mit den Positionen der schlesischen Landsmannschaften“, die sich vor allem in historisch und heimatkundlich geprägten Beiträgen widerspiegeln. Der im Untertitel angegebene Bezugsraum „Niederschlesien, Oberschlesien, Sudetenschlesien“ betraf vorwiegend das Gebiet von Deutsch-Schlesien in den Grenzen der Provinzen Nieder- und Oberschlesien von 1937.¹

Im Zentrum der Zeitschrift standen Literatur und Kunst im weitesten Sinne, in Schlesien oder mit schlesischen Bezügen, dann vor allem von nach Geburtsort und Abstammung definierten Schlesier(inne)n, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auch von solchen, die außerhalb ihrer Geburtsheimat reüssiert sind. Unter der Ägide Schodroks dominierte Eichendorff die literarische Seite, danach bildet Gerhart Hauptmann unübersehbar einen Schwerpunkt. Stehen in den ersten Jahren Literaten und Künstler im Mittelpunkt, die schon – wie Alfons Hayduk – vor 1945 bekannt waren, folgt in der Literatur seit den 1970er Jahren die Generation der in der Zwischenkriegszeit in Schlesien geborenen Autoren wie die auch außerhalb des schlesischen Kontextes erfolgreichen Horst Bienek oder Heinz Piontek, während in der Kunst die Vertreter dieser Generation weit geringer an Zahl bleiben und mancher Vertreter moderner Malerei nur wegen des Geburtsorts

¹ Vgl. Wolfgang Kessler: *Zur Geschichte der Zeitschrift „Schlesien“ 1956–1996*. In: *Schlesien – Kunst, Wissenschaft, Volkskunde. Niederschlesien, Oberschlesien, Sudetenschlesien. Eine Vierteljahresschrift gegründet von Karl Schodrok. Organ der Freunde und Förderer der Stiftung Kulturwerk Schlesien e.V. Systematisches Gesamtinhaltsverzeichnis für die Jahrgänge 1 (1956) – 41 (1996)*. Bearbeitet von Wolfgang Kessler. Görlitz: Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, 2014, S. 25.

in Beiträgen behandelt wird. Geburtsprinzip, Abstammung und Wirkungsstätte waren die Kriterien.²

Der in Neisse geborene Schodrok (bis 1939/40 Sczodrok) – „Herausgeber, Schriftleiter, Verleger und Schriftsteller in einer Person“³ war nach Absolvierung des Lehrerseminars in Ziegelhals von 1910 bis 1914 in Bolatitz im Hultschiner Ländchen tätig, das nach dem Ersten Weltkrieg ohne Abstimmung an die neu errichtete Tschechoslowakei fiel, später Lehrer in Gleiwitz, Rektor in Collonowska und ab 1936 Schulrat in Oppeln. Als Antwort auf die Ereignisse am Ende des zweiten Jahrzehntes des 20. Jahrhunderts, besonders auf den Entwurf des Versailles Vertrages vom 7. Mai 1919, der die Abtretung ganz Oberschlesiens vom Reich und die Angliederung an die neu gegründete Republik Polen vorsah, gründete Schodrok die *Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens*. Als deutscher Staatskommissar für Schlesien gelang es ihm mitten im oberschlesischen Abstimmungskampf das Plebiszitblatt „Der schwarze Adler“ (Kattowitz, später Breslau, 1919–1921) ins Leben zu rufen und bei der Gestaltung der bedeutendsten literarischen Zeitschriften „Der Oberschlesier“ (Oppeln, 1924–1939), „Schlesische Stimme“ (Oppeln, 1940–1942) wie auch beim Eichendorff-Almanach „Aurora“ (1929–1943) aktiv mitzuwirken. Wie die Verfasser der einzelnen Beiträge über Karl Schodrok ausnahmslos belegen, war er nach dem Zweiten Weltkrieg als Schulrat in Neumark in Bayern tätig und gehörte zu den Initiatoren und Gründern des Kulturwerk Schlesien e.V., darüber hinaus galt er als treibende Kraft bei der Neueinrichtung der Deutschen-Eichendorff-Stiftung, der Zeitschrift „Aurora“ (1953–1969) und des Eichendorffs-Archivs in Wangen.⁴

Die einzelnen Lebensstationen des Herausgebers der Zeitschrift „Schlesien“ zeigen, dass bestimmte kulturpolitische Themen, historische Tatsachen sowie deren Aufarbeitung eine wichtige Rolle im Laufe des 41-jährigen Bestehens des Periodikums auf dem deutschen Pressemarkt gespielt haben, wobei bestimmte Inhalte, wie die Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 und die drei schlesischen Aufstände, in einzelnen Heften herausragende Plätze eingenommen haben. Die Darstellung bestimmter Ereignisse aus der europäischen Geschichte, besonders in Bezug auf den deutsch-polnischen und polnisch-deutschen Abstimmungskampf in der Region Oberschlesien in der Zeitschrift „Schlesien“ als „repräsentativer Zeitschrift unserer Heimat“ verweist zwar einerseits auf gewisse Geradlinigkeit der von Schodrok geleiteten Periodika („Der schwarze Adler“, „Der Oberschlesier“, „Schlesische Stimme“), andererseits auf eine Ausrichtung in der Kulturarbeit, die nicht nur in Kreisen der Vertriebenen sondern auch im teilweise restaurativen Klima der westdeutschen Politik in ersten Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu spüren war. Die Grundausrichtung der Zeitschrift „Schlesien“, die nach Ansicht von Wolfgang Kessler zum erfolgreichsten Werbetext für sich selbst

² Ebenda, S. 28.

³ Herbert Gross: *Karl Schodrok*. In: Ders.: *Bedeutende Oberschlesier*. Dülmen: Laumann-Verlag, 1995, S. 458–459.

⁴ Vgl. Peter Chmiel: *Karl Paul Anton Schodrok*. In: *Neue Deutsche Biografie*. Band 23. Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 354–355; Wie Anm. 1, S. 14.

wurde, ist auf der Rückseite jedes bis zum 22. Jahrgang erschienenen Heftes – eine grafische Umgestaltung des Umschlags fand 1977 statt – besonders exponiert dargestellt worden:

Die Zeitschrift SCHLESIEN will den kulturellen Kräften aus dem schlesischen Raum ein „Zuhause“ sein, den Wissenschaftlern, den Heimatkundlern und den Künstlern, allen geistig Schaffenden, die in wertbeständiger, schöpferischer Leistung vom Werden und von dem Schicksal, von der Eigenart Schlesiens, von seinem Volkstum und von der Seele des schlesischen Menschen Kunde geben. So sei unsere Zeitschrift ein Sendbote Schlesiens, der die Schlesier ebenso wie das gesamte deutsche Volk und das Ausland anspricht. Möge sie überall Beachtung und offene Herzen finden. Schlesien ist nach Goethe ein zehnfach interessantes Land, und der schlesische Stamm war immer ein selbstloser Mittler zwischen West und Ost, Nord und Süd. Auch die Zeitschrift will echter Partnerschaft mit allen vertrauensvoll zusammenarbeiten, die guten Willens sind, der Wahrheit, dem Recht und der Freiheit, der Versöhnung der Geister und dem Frieden dienen.⁵

Die in der Vierteljahresschrift verfassten Texte, die inhaltlich die schlesischen Aufstände und die Volksabstimmung betreffen, wurden periodisch zum Gedenken an die jeweiligen Jahrestage der historischen Ereignisse veröffentlicht. Schon im fünften Jahr des Bestehens der Zeitschrift erschien im ersten Heft des Jahres 1961 ein umfangreicher Text von Ernst Birke (1908–1990). Der im niederschlesischen Görbersdorf (Landkreis Waldenburg) – heute Sokołowsko – geborene Historiker betrachtet bestimmte Begebenheiten aus der regionalen Geschichte Oberschlesiens und verarbeitet dabei auch Einzelheiten aus dem „interalliierten Ringen um das Zugeständnis einer oberschlesischen Volksabstimmung“. Neben der Darlegung der Fakten, die er sachlich in seinen Beitrag präsentiert, fügt er einige Aussagen der auf der Friedenskonferenz von Versailles handelnden Politiker (Lloyd George, Georges Clemenceau, Woodrow Wilson, Henri Louis Le Rond, Eyre Crowe, Ignacy Jan Paderewski, Roman Dmowski) hinzu, die bereits vorliegenden Veröffentlichungen entnommen sind – den Notizen des französischen Dolmetschers bei Pariser Verhandlungen Paul Mantoux (1877–1956) *Les Délibérations du Conseil des Quatre. 24 Mars–28 Juin 1919. 2. Depuis la remise à la délégation allemande des conditions de paix jusqu'à la signature du Traité de Versailles* und dem Buch von Mermeix (Pseudonym des französischen politischen Publizisten Gabriel Terrail, 1859–1930) *Le Combat des trois. Notes et documents sur la Conférence de la paix* (1922). Ferner versieht Birke die im Beitrag eingefügten Quellentexte mit eigenen sachlichen Kommentaren und Ergänzungen und entwirft ein breites Bild der politischen Ansichten der Akteure:

Der französische Ministerpräsident Clemenceau glaubte dabei den Interessen seines Landes am besten durch die fast widerspruchlose Übernahme der weitgesteckten polnischen Forderungen zu dienen. Diese hatten auch Wilson erheblich zu beeinflussen verstanden. Das war schon im Amerika durch Paderewski und Dmowski geschehen, die

⁵ Wie Anm. 1, S. 18.

jetzt – im Sommer 1919 – als offizielle Vertreter Polens in Paris wirkten. Sie wurden darin durch den polenfreundlichen Professor Dr. H. Lord unterstützt, der in Wilsons großer Studienkommission, der Inquiry, mit nach Frankreich gekommen war und den Präsidenten in Paris als amerikanischer Sachverständiger beriet. Im Verlaufe des Ringes um die Zulassung einer ober-schlesischen Abstimmung sind alle drei, Paderewski, Dmowski und Lord, vor den Viererrat berufen worden, während dessen viertes italienisches Mitglied an den Debatten über Oberschlesien so gut wie überhaupt nicht teilnahm. Wie von allen mündlichen Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz waren die Deutschen auch von diesen gänzlich ausgeschlossen.⁶

Hinsichtlich der Entscheidungen über die ober-schlesische Frage während der Versailler Friedenskonferenz vom Mai 1919 ließ er die Protagonisten der Zeit ausführlich zu Wort kommen:

[...] Persönlich glaube ich“, so erklärt Lloyd George weiter, „daß sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens aussprechen wird.“ [...]

Wilson: „Der springende Punkt ist, daß sich ganz Oberschlesien in den Händen von fünfzehn oder zwanzig deutschen Kapitalisten befindet: von dieser Seite kommen die meisten Proteste zu uns.“

Clemenceau: „Richtig; das sind Leute wie Henckel von Donnersmarck, der als reichste Mann Deutschlands gilt...“ Als Wilson die Möglichkeit einer wirklichen freien ober-schlesischen Abstimmung bezweifelt, wiederholt Lloyd George, daß sie wahrscheinlich zugunsten Polens ausgehen wird: „Man muß die Deutschen daran hindern, später zu behaupten, daß diese Bevölkerung, obgleich nach Herkunft und Sprache polnisch, in ihrer Mehrheit Deutschland zugeneigt sei – wie die Bevölkerung des Elsaß, deren deutsche Abstammung unbestreitbar ist, ihr französisches Empfinden bewahrt hat.“ [...] Lloyd George: „Nein, sie spricht für ihr Land. Erst seit hundertfünfzig Jahren bildet das preußische Polen einen Teil Preußens, aber Schlesien ist seit siebenhundert Jahren von Polen geschieden. Alles, was ich fordere, ist, daß die Bevölkerung sich über das Schicksal des Landes äußern kann.“

Wilson: „Eben – aber wird sie das können?“

Lloyd George: „Es ist möglich, daß wir das Gebiet während des Plebiszits besetzen müssen.“ [...]

Am Nachmittag des nächsten Tages, des 4. Juni, wird der damalige Ministerpräsident Polens, der Klaviervirtuose I. Paderewski, zu den polnischen Grenzfragen gehört. Wilson klärt ihn darüber auf, daß die ober-schlesische zu den Fragen zähle, „die die Deutschen auf meisten aufregen...“ Das lasse er unerwünscht erscheinen, „daß ein Plebiszit unserer Entscheidung einen unbestreitbaren Charakter gibt. Natürlich wird das Plebiszit“, so erklärt Wilson weiter, „nach dem Rückzug der deutschen Truppen stattfinden.“ Paderewski antwortet: „Die Interessen meines Landes sind in Ihren Händen. Ich danke Ihnen, daß sie mich anhören wollen. Ihr Plan, so wie ich ihn kenne, war weise und gerecht... [...] Das Gebiet im Osten ist ein Bergbau- und Hüttenrevier, der Westen ist ausschließlich landwirtschaftlich. Dieser Westteil steht unter dem Einfluß einer katholischen Geistlichkeit, die in betont deutschem Sinne durch den Breslauer Fürstbischof

⁶ Ernst Birke: *Paris Juni 1919. Das interalliierte Ringen um das Zugeständnis einer ober-schlesischen Volksabstimmung*. „Schlesien“ 1961, Jg. 6, H. 1, S. 32. Die in Zitaten vorkommende alte Rechtschreibung ist dem Quellentext entnommen.

bestimmt wird. ... Obwohl die Polen neun Zehntel dieser Bauern bilden, wird ihre Meinungsäußerung stark von diesem deutschen Klerus gelenkt. Im Ostteil ist die Arbeiterbevölkerung frei von diesem Einfluß und viel selbstbewußter. Dort ist nicht zu bezweifeln, daß die Wahl für uns günstig ausgehen wird. Wenn aber nun dieses Gebiet polnisch wird, wird dies den großen Nachteil haben, die ganze Industrie Oberschlesiens an die Grenze zu rücken und etwaiger Gefährdung aussetzen.“ [...]

Im Viererrat heben die Auseinandersetzungen über Verfahrensfragen der oberschlesischen Abstimmung am 9. Juni wieder an, als Lloyd George berichtet, daß die mit der Vorbereitung beauftragte Kommission sich über die Frist zwischen Vertragsunterzeichnung und der Wahl nicht einigen könne. Er weist dabei darauf hin, daß drei Mitglieder dieser Kommission zur ‚Commission des affaires polonaises‘ gehören und vor Entschlüssen zurückzukehren, die ihre früheren Empfehlungen vorlegen. Dieses Mißtrauen des britischen Staatsmannes wird sofort wieder wach, als Clemenceau am 11. Juni eine Vorladung der Kommission zur Erörterung stellt. Clemenceau bekennt dabei: „Ich bin gegen das Plebiszit in Oberschlesien. Ich nehme es an, um keine Schwierigkeiten zu machen.“⁷

An diese Texte knüpft ein Beitrag von 1970 an, in dem ein weiterer Historiker erneut die Ereignisse in Oberschlesien zwischen 1919 bis 1921 genauer betrachtet, allerdings auf einer anderen Ebene. Dr. Gerhard Webersinn (1904–1993), Jurist⁸ und Historiker, aus dem niederschlesischen Münsterberg – heute Ziębice – versucht einerseits das Schaffen von Georg Langer (1869–1945) aus der Perspektive des Rechtshistorikers zu rekonstruieren, andererseits seine eigene Haltung während des Justizstreikes in Oberschlesien im Jahr 1920 als Landgerichtsdirektor in Ratibor zu schildern. Webersinn entnimmt Langes Aufzeichnungen dessen Meinung, dass schon die Fassung des Versailler Vertrages vom 7. Mai 1919, in der die abstimmungslose Abtretung des größten Teils der Region an Polen vorgesehen war, eine „berechtigte Unruhe“ in die Bevölkerung hineingetragen habe. Dieses Gefühl sei durch die vorgesehene Volksabstimmung verstärkt worden, die im Artikel 88 des endgültigen Vertrages vom 28. Juni 1919 festgelegt wurde. Auch der am 19. August 1919 ausgebrochene erste Aufstand der Polen in Oberschlesien habe zur verstärkten Besetzung des Abstimmungsgebietes durch die alliierten Truppen beigetragen. Doch der erwähnte Justizstreik sei als Antwort auf erste Veröffentlichungen der Interalliierten Kommission vom Februar 1920 zu deuten, in denen nicht nur die „pflichtgetreue Fügsamkeit“ der deutschen Beamten verlangt wurde, sondern auch die Einrichtung eines obersten Gerichts durch die alliierte Kommission und Änderungen im deutschen Straf- und Zivilrecht vorgesehen waren. Weitere Einschränkungen der Justiz betrafen die sofortige Einstellung des Rechtsmittelverkehrs nach den außerhalb des Abstimmungsgebietes liegenden Gerichten sowie eine Passverordnung und ein Gnadenerlass, „der den oberschlesischen Gerichten den ersten Anlaß gab, sich mit der

⁷ Ebenda, S. 34–39.

⁸ Webersinn war nach 1945 u.a. 1950 Richter am Verwaltungsgericht Arnsberg, 1954 Oberverwaltungsgerichtsrat Münster.

Frage seiner Rechtgültigkeit zu befassen“.⁹ Diese Situation führte dazu, dass im März Richter und Beamten der Landgerichte in Opatowitz und in Lublinitz ihre Arbeit aus Protest gegen die Verletzung der Rechtspflege eingestellt haben. Die Ausweisung des Ersten Staatsanwaltes Joseph Fipper aus Beuthen aus dem Abstimmungsgebiet führte zur Zuspitzung der angespannten Lage, in der demzufolge weitere Landgerichte in Ratibor und Gleiwitz ihre Arbeit eingestellt haben. Der Streik der Gerichte begann am 14. April und endete erst nach langwierigen Verhandlungen des Leiters der interalliierten Regierungs- und Abstimmungskommission, dem französischen General Henri Le Rond mit dem deutschen Bevollmächtigten für das Abstimmungsgebiet, Fürst von Hatzfeld-Trachtenberg am 9. Juni 1920. Die Alliierten erklärten, künftig in den Gang der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet nicht mehr einzugreifen. Gerhard Webersinn hält fest:

Langer hat in seinem 1934 erschienenen Buch die geschichtlichen Vorgänge wirklichkeitsnah dargestellt. Den Hauptteil des Buches aber füllen Rechtsausführungen. Anhand des die Abstimmung in Oberschlesien vorsehenden Art. 88 des Versailler Vertrages hat Langer nachgewiesen, daß die einschneidenden Verwaltungsmaßnahmen der Interalliierten Kommission kein neues Recht zu setzen vermochten, wodurch das geltende deutsche Recht hätte beseitigt werden können. Seinen Ausführungen zum richterlichen Prüfungsrecht, wie es deutschen Gerichten zusteht, wie es aber dem französischen Recht in diesem Umfang unbekannt ist, zu dem Recht der oberschlesischen Richter und Justizbeamten zur Erstellung ihrer Tätigkeit, zu den völkerrechtlichen Bestimmungen des Besetzungsrechtes, besonders auch nach den Vorschriften der Haager Landkriegsordnung, lassen den auf Grund guten, umfassenden Wissens treffsicher argumentierenden Juristen erkennen, der mit tiefer Sachkunde nicht polemisiert, sondern nur um Recht und Gesetz ringt. Die von Langer gezogenen Parallelen zum belgischen Justizstreik und seine Ausführungen über die deutsche Besatzung Frankreichs 1871 zeigen den in die Vergangenheit tief eindringenden Rechtshistorikers.¹⁰

Die oberschlesische Frage wird in einem weiteren Artikel bearbeitet, der im vierten Heft des Jahres 1971 in der Zeitschrift „Schlesien“ erschien. In einer Rückschau blickt Josef Joachim Menzel (1933–2020) auf die Volksabstimmung in Oberschlesien zurück. In den Augen des Historikers mit schlesischen Wurzeln, geboren in Mühlisdorf (Landkreis Neustadt) – heute Miłowice – ist die Volksabstimmung von 1920 das bedeutendste politische Ereignis in der neueren Geschichte der Region. Der Autor äußerte sich über die Abstimmungsbeschlüsse:

In freier Ausübung des vom amerikanischen Präsidenten Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes konnte damals die Bevölkerung im östlichen, zumeist zweisprachigen Teil Oberschlesiens gemäß Paragraph 88 des Versailler Friedensvertrages unter alliierter Kontrolle in geheimer Wahl darüber entscheiden, ob sie bei Deutschland verbleiben oder mit Polen vereinigt werden wollte. Trotz eines klaren deutschen Wahlsieges (rund

⁹ Vgl. Gerhard Webersinn: *Georg Langer und der Justizstreik in Oberschlesien während der Besatzungszeit im Jahre 1920. Eine rechtshistorische Betrachtung.* „Schlesien“ 1970, Jg. 15, H. 4, S. 209–210.

¹⁰ Ebenda, S. 211.

60 % deutsche: rund 40 % polnische Stimmen) wurde das Abstimmungsgebiet durch einen umstrittenen Schiedsspruch des Völkerbundes zwischen Deutschland und Polen aufgeteilt. Diese als ausgleichender Kompromiß gedachte Teilung führte jedoch nicht zu der vielerorts erhofften Befriedung, sondern schuf im Gegenteil durch die Zerreißung des organisch gewachsenen, dicht besiedelten und wirtschaftlich eng verflochtenen ober-schlesischen Industriebezirkes zusätzliche Probleme und Konfliktherde, die durch das vermittelnde Genfer Abkommen (1922) nur teilweise behoben werden konnten.¹¹

Im Bezug auf die Situation in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertritt Menzel die Meinung, dass die polnische Regierung nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1918 ihre Ansprüche auf die Abtrennung Oberschlesiens vom übrigen Teil der Provinz stellte, obwohl diese Region historisch und wirtschaftlich mit dem rein deutschen Schlesien eine Einheit bildete. Ferner verweist er auf historische Fakten und hebt hervor, dass dieses Industriegebiet mit dem 1918 wieder errichteten polnischen Staat mehr als sechshundert Jahren keine Verbindung besaß. Doch mit der Festlegung einer Volksabstimmung in Oberschlesien – im Artikel 88 des am 28. Januar 1919 unterzeichneten und am 10. Januar 1920 in Kraft tretenden Versailler Vertrages – war ihre tatsächliche ordnungsgemäße Durchführung noch keineswegs gesichert. Denn vielmehr versuchten die Polen – so Menzel – in drei Aufständen (August 1919, August 1920, Mai-Juni 1921) den östlichen Teil der ober-schlesischen Region militärisch zu besetzen „und damit – wie in Ostpolen gegenüber der Sowjetunion – vollendete Tatsachen zu schaffen. Allerdings vergeblich, denn in allen drei Fällen scheiterten sie am entschlossenen Widerstand des ober-schlesischen Selbstschutzes, der sich den Aufständischen erfolgreich entgegensetzte.“¹²

Der Historiker schließt seinem Beitrag mit der Frage nach positiven Auswirkungen der unternommenen Bemühungen um das Selbstbestimmungsrecht für Oberschlesien in der Periode zwischen 1919 bis 1921. Seines Erachtens lassen sich diese auf drei unterschiedlichen Ebenen deuten, denn erstens kann das Selbstbestimmungsrecht als einer der höchsten menschlichen Freiheitsgüter betrachtet werden, zweitens hatte die Abstimmung von 1921 wenigstens einem Teil der ober-schlesischen Bevölkerung für knapp zwei Jahrzehnte eine freigewählte staatliche Zuordnung und demzufolge Selbstbestimmung gebracht, drittens brachte der von Alliierten überwachte Vorgang einer freien, geheimen und rechtmäßigen Abstimmung den unbestrittenen Nachweis, dass die schlesische Region in den Grenzen von 1937 nach dem Willen seiner Bevölkerung ein uneingeschränkt deutsches Land war, wobei ihm die Bemühungen der polnischen Seite auf den urpolnischen Charakter der Provinz zu verweisen als gezielter Propagandaakt zur Verschleierung nationalistischen und imperialistischen Ansprüche schienen.¹³

Auch in den achtziger Jahren ließ das Interesse an die ober-schlesische Problematik zur Zeit der Volksabstimmung nicht nach. Die Redaktion der Vierteljahresschrift

¹¹ Josef Joachim Menzel: *Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921*. „Schlesien“ 1971, Jg. 16, H. 4, S. 215.

¹² Ebenda, S. 219.

¹³ Vgl. Ebenda, S. 220.

veröffentlicht im zweiten Heft des 26. Jahrganges (1981) einen Text von Bernhard Enden über „Die Operation «Tannenberg». Das letzte größere Gefecht des Oberschlesischen Grenzschutzes am 4. Juni 1921“. Der Autor – Verfasser einer Rezension *Einsatz des Selbstschutzes in Oberschlesien 1921. Bilddokumentation. Hrsg. von Günther Körner. Dülmen: Laumann-Verlag, 1981* (in: „Schlesien“ 1981, Jg. 26, H. 3, S. 191) – geht vor allem auf die politische Lage des deutschen Reiches im ersten Halbjahr 1921 etwas genauer ein, beschreibt dabei die Lagebeurteilung durch die Befehlshaber der deutschen Angriffstruppen, aber auch den Verlauf des Gefechtes zwischen polnischen Aufständischen – unter Wojciech Korfanty (1873–1939) und dem Grafen Maciej Ignacy Mielczyński (1869–1944) – und dem Oberschlesischen Selbstschutz, dessen Führung am 20. Mai 1921 Generalleutnant Karl Höfer übernahm. Die Erstürmung des von Aufständischen besetzten Annaberges durch Einheiten des Selbstschutzes, der weitere Einsatz der militärischen Verbände und die Größe des Geländegewinns trugen dazu bei, dass die Operation Tannenberg als das größte Gefecht der oberschlesischen Aufstände anzusehen ist.

Im Zusammenhang mit dem Text über die Operation „Tannenberg“ sei erwähnt, dass der obige Artikel mit einer Überlegung von Karl Schodrok schließt, die – nach Angaben der Redaktion – einem Nachwort zu einer Broschüre zum 30jährigen Gedenken an die Volksabstimmung in Oberschlesien entnommen wurde.¹⁴ Mit einem kritischen Blick schlussfolgert er:

Wie hätte sich das Schicksal Europas und auch unser schlesisches Geschick gestaltet, wenn nach dem ersten Weltkrieg anstelle einer egoistischen Nationalpolitik Vernunft und Recht die Neuordnung der deutschen und der europäischen Verhältnisse versucht hätten? Wahrscheinlich hätte es dann keinen Adolf Hitler gegeben und auch der zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können. Das ist die eindrucksvolle Lehre, die eine kritische Rückschau gerade im Hinblick auf den oberschlesischen Abstimmungskampf schenken dürfte.¹⁵

Im vierten Heft der Zeitschrift „Schlesien“ von 1981 befindet sich ein umfangreicher Teil eines Vortrages von Joachim Jaenicke (1915–2007), einem deutschen Diplomaten aus Breslau, Sohn von Wolfgang Jaenicke (1881–1968), dem früheren Regierungspräsidenten von Breslau (1919–1930) und Potsdam (1930–1933).¹⁶ Schon

¹⁴ Aus: Karl Schodrok: *Das Erlebnis der schlesischen Volksabstimmung. Im Einvernehmen mit der Landsmannschaft Schlesien dargeboten zum 30jährigen Gedenken der oberschlesischen Volksabstimmung zum 20. März 1921*. Neumark/Opf: Kulturstelle Schlesien, 1951.

¹⁵ Karl Schodrok: *Wie hätte sich das Schicksal Europas und auch unser schlesisches Geschick gestaltet...* „Schlesien“ 1981, Jg. 26, H. 2, S. 98.

¹⁶ Nach der Ernennung zum Regierungspräsidenten in Breslau 1919 war Wolfgang Jaenicke gleichzeitig Reichs- und Staatskommissar für die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Nach dem Kriegsende als Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, später Staatssekretär in Bayern tätig, 1951 zum ersten deutschen Botschafter der BRD in Pakistan, 1954 zum ersten Botschafter in Vatikan. Mehr in: Herbert Hupka (Hrsg.): *Leben in Schlesien*. München: Gräfe und Unzer Verlag, 1962, S. 304. Vgl. Michael Ferber: *Schlesische Bibliographie. Personenlexikon*. Nürnberg: Helmut Preußler Verlag, 2005, S. 160.

im einleitendem Absatz deutet der Verfasser darauf hin, dass die oberschlesische Frage auch nach sechzig Jahren noch von Bedeutung sei:

Wir gedenken des Tages, weil der für alle, die die Abstimmung 1921 unmittelbar oder mittelbar erlebt haben, ein unvergeßliches Ereignis war, doppelt unvergeßlich, weil in Folge das eindeutige Ergebnis nicht honoriert wurde und durch Machtspruch ein Gebiet, das jahrhundertlang als Einheit innerhalb des alten Deutschen Reiches bestanden hatte, aufgeteilt wurde. Alle Deutsche haben damals diese Teilung zutiefst getroffen, um so mehr, als bei umgekehrtem Ausgang der Abstimmung die Alliierten ohne Zweifel ein ungeteiltes Oberschlesien dem neuerstandenen polnischen Staat zuerkannt hätten. Wir gedenken des Tages als eines Teiles der deutschen Geschichte, die zu kennen und zu pflegen heute mehr denn je notwendig erscheint. Wir gedenken seiner, weil der Tag die Lehre enthält, daß Entscheidungen zwischen Völkern, die die Gerechtigkeit beiseite lassen und nur auf Macht beruhen, zu Schlimmen führen und auch denen schaden, zu deren Gunsten sie erzwungen werden.¹⁷

Jaenicke erwähnt konkrete Ereignisse aus der Geschichte Oberschlesiens und verweist sie mit seinen Kommentaren. So schreibt er über den Versailler Vertrag und die darin festgelegten Bestimmungen, in einer Volksabstimmung in Oberschlesien über die Zugehörigkeit des Landes zu entscheiden und hebt hervor, dass dieses Dokument eine erhebliche Protestwelle im deutschen Reich ausgelöst hatte. Dabei zitiert er ein Fragment der Aussage von Gerhart Hauptmann, der bei einer Protestversammlung am 15. Juni 1921 in der Berliner Philharmonie eine Hauptansprache hielt.

„Wir warnen den Obersten Rat schließlich und endlich deshalb, weil ihm nicht daran liegen kann, unauslöslliche, heimliche Bandenherde zu schaffen, die das Werk des Friedens bedrohen und binnen kurz oder lang einen schrecklichen Weltbrand erzeugen müssen als den, der kaum vorüber ist.“¹⁸

Hauptmanns Rede sei eine beschwörende Warnung und zugleich Antizipation des bevorstehenden Unrechtes in der Zeit des Friedens. Doch die damaligen Weltpolitiker, insbesondere die der Alliierten, gingen über alle Proteste hinweg und pochten auf die Durchführung eines Annexes des Artikels 88. Die spezifische geografische und wirtschaftliche Lage der oberschlesischen Region wurde zum Hindernis, eine klare und für beide Seiten, die deutsche und die polnische, gerechte Trennungslinie zu ziehen. Aufgrund von unterschiedlichen Annahmen und Zielsetzungen der französischen und britischen Politik führte diese Schwierigkeit fast zu einem Bruch innerhalb des alliierten Obersten Rates. Demzufolge wurde die Entscheidung in der oberschlesischen Frage am 12. August 1921 dem neu erschaffenen Völkerbund in Genf übertragen. Nach drei Monaten reichte der Völkerbundrat seine Empfehlungen beim Obersten Rat der Alliierten ein, die bei einer Botschafterkonferenz in einer endgültigen Fassung

¹⁷ Michael Jaenicke: *Die Abstimmung in Oberschlesien 1921*. „Schlesien“ 1981, Jg. 26, H. 4, S. 222.

¹⁸ Ebenda, S. 225. Auch in: Gerhart Hauptmann: *Sämtliche Werke. Erzählungen, theoretische Prosa*. Band 6. Herausgegeben von Hans-Egon Hass. Berlin: Propyläen Verlag 1963, S. 724 [Centenar-Ausgabe zum hundertsten Geburtstag des Dichters 15. Nov. 1962].

formuliert wurden, die dann am 20. Oktober 1921 von britischen, französischen, italienischen und japanischen Diplomaten verkündet wurde. Den einzigen positiven Aspekt dieses Schiedsspruches sah Joachim Jaenicke im Einsatz der Gemischten Kommission für Oberschlesien, welche zwischen 1922 bis 1937 die Einhaltung eines deutsch-polnischen Abkommens gewährleisten sollte.

Um die Folgen der Teilung zu mildern, die oberschlesische Wirtschaft lebensfähig zu halten, die nationalen Minderheiten zu beiden Seiten der neuen Grenzen zu schützen, wurde ein Übergangsregime für 15 Jahre geschaffen und die polnische und deutsche Regierung angewiesen, eine Konvention auszuarbeiten und abzuschließen, die eine lange Reihe von Bestimmungen der Botschaftskonferenz verwirklichen sollte. Um es anders auszudrücken, die Konvention sollte das Übergangsregime in allen Einzelheiten juristisch regeln. Gleichzeitig wurde die Errichtung einer Gemischten Kommission und eines Internationalen Schiedsgerichts angeordnet, die die Durchführung der Bestimmungen der Konferenz zu überwachen, auftretende Streitfragen zu schlichten hätten. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Dr. Félix Calonder wurde in einer sechsmonatigen Tour de Force ein enormes juristisches Werk von über 600 Artikeln geschaffen. Die Konvention war der bemerkenswerte Versuch, eine aus Gründen der Machtpolitik diktierte Territoriallösung mit den Mitteln des Rechts für die betroffenen Menschen erträglich zu machen. Ich glaube, man kann heute sagen, daß sie im großen und ganzen diese Aufgabe erfüllt hat. Die Konvention lief am Vorabend des Zweiten Weltkrieges aus, als Polen und Deutschland – jedes aus seinen Gründen – kein Interesse mehr hatte, das Übergangsregime und seine Institution zu erhalten.¹⁹

Die oberschlesische Frage, insbesondere die Volksabstimmung und die Aufstände sind mit den Aktivitäten Adalbert [Wojciech] Korfantys untrennbar verknüpft. Konrad Fuchs weist in einer historischen Studie darauf hin, dass Korfanty sich als Gymnasiast anfangs noch vehement dagegen gewehrt habe, als Pole zu gelten. Der erste Anstoß für dessen Umdenken sei das Unvermögen seiner Lehrer gewesen, die nahezu sämtlich aus den preußischen Westprovinzen stammend, kaum Empathie für die Mentalität der Menschen in Oberschlesien aufbrachten. Als erster schlesischer Abgeordneter im Reichstag des Deutschen Kaiserreiches und Mitglied der zweiten Kammer des Preußischen Landtages engagierte sich Korfanty von 1903 bis 1918 für die Lösung von Problemen, die aus nationalen Gegensätzen in der oberschlesischen Region rührten.²⁰

Im ersten Heft der Vierteljahresschrift „Schlesien“ von 1991 wurde eine Rezension der Monografie von Sigmund Karski veröffentlicht, die als erstes biografisches deutschsprachiges Werk über Wojciech Korfanty gelten muss/kann. Dr. Herbert Hupka (1915–2006), deutscher Politiker, Präsident der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat und Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“ analysiert ausführlich die „umfassende und zugleich gründlich gearbeitete“ Korfanty-Biografie und hebt die Rolle ihres Autors hervor.

¹⁹ Wie Anm. 14, S. 226.

²⁰ Vgl. Konrad Fuchs: *Vom deutschen Krieg zur nationalen Katastrophe (1866–1945)*. In: Norbert Conrads (Hrsg.): *Deutsche Geschichte in Ostern Europas. Schlesien*. Berlin: Siedler, 1994, S. 621.

Es zeichnet ihn aus, der des Deutschen und Polnischen in gleicher Weise mächtig ist, daß er nicht aus zweiter Hand zu schöpfen braucht und doch einem Jahrgang angehört, der nicht unmittelbar zu den Betroffenen des Abstimmungskampfes zählt. Überdies ist er Oberschlesier wie Korfanty.²¹

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die Autoren, Karski und Hupka bestimmte Lebensstationen und Entscheidungen Wojciech Korfantys in einem populärwissenschaftlichen Werk und aus einem speziellen Blickwinkel heraus schauen. Das machen sowohl der Verfasser der Monografie als auch der Rezensent. Der Beitrag Hupkas beginnt beispielsweise mit dem Hinweis darauf, dass die erste Biografie „des für die Geschichte Oberschlesiens und damit ganz Schlesiens – im negativen Sinne – so entscheidenden Mannes“ einem Nicht-Historiker zu verdanken sei. Somit sei Korfanty ein „demagogisch begabter Erwecker des Polentums“, ein „unruhiger Geist“ unter den Oberschlesiern gewesen, der als polnischer Abstimmungskommissar wirkte, unterstützt in seiner Arbeit von dem Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen General Henri Louis Le Rond. Nach Meinung des Rezensenten entwirft das „gewandt“ geschriebene Buch Karskis ein Bild von Korfanty, das ihn als polnischen Nationalisten ober-schlesischer Herkunft, sowohl erfolgreich als auch gescheitert, zeige. Oder anders ausgedrückt als umstrittenen Politiker, einerseits verstoßen von den in Warschau residierenden polnischen Staatsmännern, weil er rücksichtslos mit ihnen um Amt und Würden gestritten hat und sogar von Józef Piłsudski verfolgt und inhaftiert wurde, andererseits gepriesen für seine Verdienste als Anführer der schlesischen Aufstände und Kämpfer für die Angliederung Ost-Oberschlesiens an Polen.

Die in der Vierteljahresschrift „Schlesien“ veröffentlichten Texte über die Abstimmung und die Aufstände veranschaulichen die Bedeutung der Aufarbeitung der ober-schlesischen Frage. In der Mehrzahl sind es Texte mit historischen Bezügen, populärwissenschaftliche Beiträge, Auszüge aus wissenschaftlichen Abhandlungen, Fragmente von Vorträgen, Nachworten, Quellentexten mit Kommentaren, die zu runden Jahrestagen der einzelnen geschichtlichen Vorkommnisse publiziert wurden. Den größten Teil bilden Beiträge, die im 26. Jahrgang der Schrift „Schlesien“, genau fünfzig Jahre nach der durchgeführten Volksabstimmung und dem Ausbruch des dritten schlesischen Aufstandes, dem deutschen Publikum zur Lektüre angeboten wurden. Abgesehen von der kulturpolitischen Ausrichtung der Schrift enthalten diese Texte Aussagen und Eindrücke von Zeitzeugen, präsentieren wissenschaftlich fundierte Perspektiven von Forschern, Historikern, Juristen und Publizisten. Sie spiegeln eine Tendenz in der Darstellungsweise bestimmter historischer Vorkommnisse aus der Sicht der Deutschen wider, besonders derer, die gezwungen waren in den zwanziger Jahren sowie in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts ihre ober-schlesische Heimat zu verlassen. Über die Vielfalt der Themen und die Eigentümlichkeit der Region wird in einem der oben erwähnten Beiträge ausgeführt:

²¹ Herbert Hupka: *Karski Siegmund: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie. Unter Mitwirkung von Helmut Neubach. Dülmen: Laumann, 1990. – 624 S. – (Schlesische Kulturpflege; 3).* „Schlesien“ 1991, Jg. 36, H. 1, S. 57–59.

Oberschlesien gehört zu jenen Regionen der Welt, in denen Menschen zweier Völker, zweier Kulturen, zweier Sprachen oder Religionen aufeinandertreffen, in einer Gemengelage neben- und miteinander leben. (...) Ob diese Menschen in solcher Lage miteinander auskommen, harmonisch leben oder aber in Spannung, in ständiger Kampfstellung gegeneinander, verstrickt in eine nicht abreißende Kette gegenseitiger Anschuldigungen, Übergriffe, Ungerechtigkeiten, schließlich Untaten und Grausamkeiten, hängt von vielen Faktoren ab: sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen, politischen. Sie alle sind miteinander verwoben und treten, je nach Zeitgeist und Umständen, in wechselnder Stärke einzeln oder zusammen hervor. (...) Aber erst der Nationalismus im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 und die Idee des Volkstums, Frucht nicht zuletzt der deutschen Romantik, haben im 19. Jahrhundert, wie anderswo in Europa, die Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen akzentuiert, zu Gegensätzen verschärft. (...) Zu den ethnischen Unterschieden, und teils mit ihnen überlappend, traten die neuen sozialen Gegensätze und Spannungen der industriellen Revolution. Aus der Industrialisierung erwuchs Oberschlesien ein bisher unbekannter Reichtum und ließ es zum Gegenstand neuer Begehrlichkeit werden.²²

Bibliografie

1. Birke Ernst: *Paris Juni 1919. Das interalliierte Ringen um das Zugeständnis einer oberschlesischen Volksabstimmung*. „Schlesien“ 1961, Jg. 6, H. 1, S. 32–44.
2. Chmiel Peter: *Karl Paul Anton Schodrok*. In: *Neue Deutsche Biografie*. Band 23. Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 354–355.
3. Ferber Michael: *Schlesische Bibliographie. Personenlexikon*. Nürnberg: Helmut Preußler Verlag, 2005.
4. Fuchs Konrad: *Vom deutschen Krieg zur nationalen Katastrophe (1866–1945)*. In: Conrads Norbert (Hrsg.): *Deutsche Geschichte in Osten Europas. Schlesien*. Berlin: Siedler, 1994, S.
5. Hauptmann Gerhart: *Sämtliche Werke. Erzählungen, theoretische Prosa*. Band 6. Herausgegeben von Hans-Egon Hass. Berlin: Propyläen Verlag, 1963 [Centenar-Ausgabe zum hundertsten Geburtstag des Dichters 15. Nov. 1962].
6. Hupka Herbert (Hrsg.): *Leben in Schlesien*. München: Gräfe und Unzer Verlag, 1962.
7. Hupka Herbert: *Karski Siegmund: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie. Unter Mitwirkung von Helmut Neubach*. Dülmen: Laumann, 1990. – 624 S. – (*Schlesische Kulturpflege*; 3). „Schlesien“ 1991, Jg. 36, H. 1, S. 57–59.
8. Jaenicke Michael: *Die Abstimmung in Oberschlesien 1921*. „Schlesien“ 1981, Jg. 26, H. 4, S. 222–227.
9. Kessler Wolfgang: *Zur Geschichte der Zeitschrift „Schlesien“ 1956–1996*. In: *Schlesien – Kunst, Wissenschaft, Volkskunde. Niederschlesien, Oberschlesien, Sudetenschlesien. Eine Vierteljahresschrift gegründet von Karl Schodrok. Organ der Freunde und Förderer der Stiftung Kulturwerk Schlesien e.V. Systematisches Gesamtinhaltsverzeichnis für die Jahrgänge 1 (1956) – 41 (1996)*. Bearbeitet von Wolfgang Kessler. Görlitz: Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, 2014, S. 20–31.

²² Wie Anm. 17, S. 222.

10. Menzel Josef Joachim: *Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921*. „Schlesien“ 1971, Jg. 16, H. 4, S. 215–222.
11. Schodrok Karl: *Das Erlebnis der schlesischen Volksabstimmung. Im Einvernehmen mit der Landsmannschaft Schlesien dargeboten zum 30jährigen Gedenken der ober-schlesischen Volksabstimmung zum 20. März 1921*. Neumark/Opf: Kulturstelle Schlesien, 1951.
12. Schodrok Karl: *Wie hätte sich das Schicksal Europas und auch unser schlesisches Geschick gestaltet...* „Schlesien“ 1981, Jg. 26, H. 2, S. 98.
13. Webersinn Gerhard: *Georg Langer und der Justizstreik in Oberschlesien während der Besatzungszeit im Jahre 1920. Eine rechtshistorische Betrachtung*. „Schlesien“ 1970, Jg. 15, H. 4, S. 206–213.

Schlüsselwörter

deutsche Presse, Magazin, Plebiszit, schlesische Aufstände, Oberschlesien, Vierteljahresschrift „Schlesien“

Abstract

Plebiscite and uprisings in Upper Silesia in quarterly „Schlesien“

The article attempts to characterize magazine “Schlesien” [Silesia] (1956–1996, published and edited by Karl Schodrok and later Eberhard Günter Schulz) from a perspective of political struggles – plebiscite, uprisings – taking place in Upper Silesia in 1919–1921. The majority of them are historical texts, popular science articles, excerpts from scientific treatises, parts of lectures, epilogues, source texts with comments that were published on the anniversary of the individual historical regional events. The largest part is made up of contributions that were presented to German readers in the 26th year of the publication of quarterly “Schlesien”, exactly fifty years after the plebiscite and the outbreak of the third Silesian uprising. Apart from the cultural-political orientation of the text, all of them contain statements and impressions of contemporary witnesses and present scientifically sound perspectives from researchers, historians, lawyers and locally publicists. In a certain sense they reflect the tendency in the way in which certain historical events are presented from the perspective of the Germans, especially those who were forced to leave their Upper Silesian homeland in the 1920s and 1940s.

Keywords

German press, magazine, plebiscite, Silesian uprisings, Upper Silesia, “Schlesien”